

Große Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion der Deutschen Partei
und Genossen

betr. Gewährleistung der Meinungs- und
Versammlungsfreiheit.

In dem Wahlkampf zu den hessischen Gemeindewahlen sind in Frankfurt a. M. und in anderen hessischen Städten Wahlversammlungen der Deutschen Partei von organisierten Störungstrupps unter Führung namentlich bekannter Sozialdemokraten gesprengt oder doch unmöglich gemacht worden.

Unter anderen konnten der Bundesminister für Verkehr Dr. Seebohm sowie der Bundestagsabgeordnete Walter ihre Versammlungen nicht nur nicht durchführen, sondern kamen überhaupt nicht zu Wort.

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die verfassungsmäßig zugesicherte Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Parteien in Zukunft zu gewährleisten?

Bonn, den 7. Mai 1952

Dr. Mühlenfeld und Fraktion
Frommhold
Dr. Ott
Bahlburg
von Thadden
Frau Jaeger (Hannover)
Eichner